



## Wahlprüfsteine des Berliner Kinderschutzbundes zur Senatswahl 2021

### Übersicht

#### **1. Haltung zu bundespolitischen Themen**

- 1.1. Kinder brauchen echte Rechte
- 1.2. Kinder brauchen eine kindgerechte medizinische Versorgung

#### **2. Haltung zu Berliner Themen**

- 2.1. Kinderrechte in der Berliner Landesverfassung nicht ausreichend formuliert
- 2.2. Kinder brauchen ein Leben ohne Armut
- 2.3. Kinderschutz braucht mehr Ressourcen
- 2.4. Kinder brauchen vielfältige Vorbilder
- 2.5. Alle Kinder brauchen einen Zugang zur digitalen Welt

#### **1. Haltung zu bundespolitischen Themen**

##### **1.1. Kinder brauchen echte Rechte**

Seit mehr als 30 Jahren gilt die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen in Deutschland, und seitdem wird darüber diskutiert, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Das wollte die Koalition von CDU, CSU und SPD ändern – leider erfolglos. Auch in der 19. Legislaturperiode werden Kinderrechte nicht im Grundgesetz aufgenommen; Verhandlungen dazu scheiterten. Kinder und Jugendliche haben eine Stimme: Wir fordern starke Kinderrechte im Grundgesetz mit allen Beteiligungs-, Förder- und Schutzrechten sowie eine explizit **vorrangige** Berücksichtigung des Kindeswohls bei allen Entscheidungen, die Kinder betreffen.

##### **Frage**

- Wie werden Sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Kinder wahrhaftig gehört und beteiligt werden? Werden Sie sich für starke Kinderrechte im Grundgesetz einsetzen?

##### **1.2. Kinder brauchen eine kindgerechte medizinische Versorgung**

Die derzeitige Finanzierung der stationären Kinder- und Jugendmedizin über die diagnosebezogenen Fallpauschalen (Diagnosis Related Groups, DRGs) wird einer bedarfsgerechten und individualisierten Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen nicht gerecht. Viele Kinderstationen geraten durch die Fallpauschalen in wirtschaftliche Bedrängnis. Seit 1991 wurde bundesweit etwa jede fünfte Kinderabteilung in Krankenhäusern geschlossen und vier von zehn Betten in der stationären Kinder- und Jugendmedizin abgebaut. Regionale Versorgungsprobleme, Aufnahmestopps und Überbelegung der Kinder- und Jugendstationen sind die Folge. Die stationäre Behandlung von Kindern ist aufwendiger, der Pflegebedarf höher. Wir fordern ein Vergütungssystem, das den individuellen medizinischen Fällen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerecht wird.



### **Frage**

- Werden Sie sich auf Bundesebene für eine Veränderung des aktuellen Abrechnungssystems, hin zu einer kindgerechten Versorgung, einsetzen?

## **2. Haltung zu Berliner Themen**

### **2.1. Kinderrechte in der Berliner Landesverfassung nicht ausreichend formuliert**

Bremen ergänzte im Mai 2021 seine Landesverfassung und berücksichtigt künftig bei staatlichem Handeln, das Kinder betrifft, „das Wohl des Kindes wesentlich“. Bremer Kinder haben in Angelegenheiten, die ihre Rechte betreffen, einen Anspruch darauf, beteiligt zu werden und ihr Wille muss berücksichtigt werden – entsprechend des Alters und der Reife. Wir wünschen uns eine analoge Ergänzung der Berliner Landesverfassung im Sinne einer echten Beteiligung von Kindern.

### **Frage**

- Können Sie sich vorstellen, sich für eine entsprechende Änderung der Berliner Landesverfassung zu engagieren?

### **2.2. Kinder brauchen ein Leben ohne Armut**

Seit Jahren hält sich die Kinderarmut in Berlin auf einem hohen Niveau, trotz wirtschaftlichen Aufschwungs und einer Vielzahl an Unterstützungsmaßnahmen. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie zementieren und verschärfen soziale Ungleichheiten zusätzlich – darauf weisen aktuelle Studien zu den sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie hin. Für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien kann das diverse negative Folgen für ihre Bildungschancen oder ihre körperliche und mentale Gesundheit haben. Dringend müssen zielgerichtete und diskriminierungssensible Maßnahmen unternommen werden, damit die pandemiebedingten Nachteile nicht als Langzeitfolgen das gesamte Leben der betroffenen Kinder bestimmen.

### **Fragen**

- Wie soll in diesem Zusammenhang die von der Landeskommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut erarbeitete Strategie nach der Wahl weiter umgesetzt werden?
- Welche Maßnahmen planen Sie über das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche in 2021 und 2022“ hinaus, um die pandemiebedingten Defizite auf kognitiver, emotionaler und körperlicher Ebene wieder auszugleichen?

### **2.3. Kinderschutz braucht mehr Ressourcen**

Die aktuellen deutschlandweiten Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2020 zu Gewalttaten gegen Kinder und Jugendliche sind alarmierend: Mit 4.918 Fällen von Misshandlungen Schutzbefehlener wurde eine Zunahme um zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr registriert. Kindesmissbrauch ist um knapp sieben Prozent auf über 14.500 Fälle gestiegen.



Der Ausbau und eine nachhaltige Finanzierung von Fachberatungsstellen, Trauma-Ambulanzen und die Umsetzung von Schutzkonzepten in Schulen, Kitas, Vereinen und überall dort, wo mit Kindern gearbeitet wird, sind für einen professionellen Kinderschutz unabdingbar. Kinder und Jugendliche, die (sexuelle) Gewalt erfahren oder Gewalt miterleben, müssen so schnell wie möglich Rat, Hilfe und Unterstützung finden können, sowohl in entsprechend qualifizierten Beratungsstellen als auch bei den Jugendämtern. Die Fachberatungsstellen und Dienstleister der psychiatrischen Versorgung verzeichnen schon jetzt einen starken Anstieg an Anfragen von Hilfesuchenden.

#### **Fragen**

- Werden Sie sich nach der Senatswahl 2021 für eine nachhaltige Finanzierung und den Ausbau von niedrigschwellig zugänglichen Fachberatungsstellen und Trauma-Ambulanzen einsetzen?
- Wie werden Sie die weitere Umsetzung und Finanzierung von Schutzkonzepten in Schulen, Kitas, Vereinen und überall dort, wo mit Kindern gearbeitet wird, vorantreiben?
- Mit welchen Maßnahmen werden Sie den prekären Personalnotstand der Berliner Jugendämter angehen, um die zeitnahe Fallbearbeitung zu gewährleisten?

#### **2.4. Kinder brauchen vielfältige Vorbilder**

Berlin hält an einem strengen Neutralitätsgebot für die Schulen fest, obwohl das Bundesarbeitsgericht mit einem Urteil im August 2020 das pauschale Verbot eines Kopftuchs einer muslimischen Lehrerin als nicht rechtmäßig und diskriminierend ansah. Trotz dieser höchstrichterlichen Entscheidung gibt es bislang keine Novellierung des Neutralitätsgesetzes. Statt Verboten halten wir qualifizierte Diversity-Konzepte für erforderlich, in deren Rahmen sich Kinder und Fachpersonal mit Themen wie Differenzsensibilität und vorurteilsbewusster Bildung auseinandersetzen. Die von Vielfalt geprägte Lebenswelt der Berliner Kinder muss sich in der Schule auch am Lehrpersonal widerspiegeln.

#### **Frage**

- Wie stehen Sie zum Fortbestehen des Neutralitätsgesetzes? Werden Sie sich für eine Novellierung oder Abschaffung des Neutralitätsgesetzes einsetzen?

#### **2.5. Alle Kinder brauchen einen Zugang zur digitalen Welt**

Die Corona-Pandemie machte besonders deutlich, wie es um die Digitalisierung der Berliner Schulen bestellt ist. Vom Homeschooling in der Pandemie waren viele Berliner Schulen abgehängt: Es fehlte an mobilen Endgeräten, zeitgemäßen Glasfaseranschlüssen, LAN-Verkabelungen oder neuen Servern. Nicht nur für ein Homeschooling, sondern für den generellen Ausbau der Medienkompetenz der Schüler\*innen ist die weitere Digitalisierung der Berliner Schulen unverzichtbar.

#### **Frage**

- Wie möchten Sie die dringend notwendige digitale Auf- und Ausrüstung der Berliner Schulen weiter voranbringen und umsetzen?



***Kontakt für Rückfragen und Antworten:***

Deutscher Kinderschutzbund  
Landesverband Berlin e.V.

Agnieszka Szczepanska  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Malplaquetstraße 38  
13347 Berlin

Tel: 030 45 08 12 612  
[a.szczepanska@kinderschutzbund-berlin.de](mailto:a.szczepanska@kinderschutzbund-berlin.de)

[www.kinderschutzbund-berlin.de](http://www.kinderschutzbund-berlin.de)